

# LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES

## Landespressekonferenz Hessen



## „Erwartungen und Forderungen“ der kommunalen Ebene für die 20. Legislaturperiode

Traditionell richtet die kommunale Ebene im Vorfeld einer Landtagswahl über ihre drei Spitzenverbände ihre „Erwartungen und Forderungen“ an den künftigen Landtag und die künftige Landesregierung. So wurden im August 2018 im Rahmen einer Landespressekonferenz die Positionen für die 20. Legislaturperiode der Öffentlichkeit vorgestellt. Dabei wurden 17 Kernforderungen zu zentralen Problemstellungen an die Landespolitik adressiert.

Betont wird dabei, dass u.a. die Landkreise -anders als die weiteren politisch-administrativen Ebenen (Land, Bund und Europa)- nahezu alle wesentlichen Politikbereiche im direkten Miteinander mit den Menschen vor Ort verantworten und damit den Alltag der Menschen unmittelbar prägen. Damit korrespondieren alle aktuellen Fragestellungen, wie z.B. im Bereich des Arbeitsmarkts, des demografischen Wandels und der Integration, des Erhalts- oder des Aufbaus von Infrastrukturen (Straßen, ÖPNV, Breitbandanbindungen usw.), Bildung und Kindergärten, Umwelt und Energie sowie Gesundheit- und Wohnungsversorgung.

Deshalb müssen Landtag und Landesregierung vor diesem Hintergrund realisieren, dass Landkreise, Städte und Gemeinden kein isoliertes, fernes Gebilde darstellen, sondern die lebendige Wurzel und somit die Basis des Staatsaufbaus, für die es gilt, im Rahmen einer Gesamtstrategie eine Partnerschaft auf Augenhöhe zu leben.

Die Zusammenstellung der Forderungen finden Sie auf der nächsten Seite.



Sehr geehrte Leserinnen,  
sehr geehrte Leser,

am 28. Oktober 2018 wird in Hessen der 20. Hessische Landtag gewählt. Anlässlich dieser Neuwahl und der sich anschließenden Regierungsbildung haben die drei kommunalen Spitzenverbände ihre wichtigsten Kernforderungen zu den zentralen Themen der Städte, Gemeinden und Landkreise vorgelegt. Einzelheiten zu den 17 Kernforderungen finden Sie in dem nebenstehenden Leitartikel.

Darüber hinaus enthält dieser Newsletter u.a. Artikel zur Digitalisierung der Schulen, zum Ausrufen des Katastrophenfalles sowie zu zwei Fachtagungen des Verbandes.

Bei der Lektüre wünschen ich Ihnen viel Vergnügen.

Ihr **Bernd Woide**  
Präsident

### AKTUELLE THEMEN

SEITE 02

- Forderungen der kommunalen Spitzenverbände an den 20. Hessischen Landtag und die Landesregierung für die Jahre 2019 bis 2024
- Hessische Landrätinnen und Landräte zu Gast in Berlin
- Personalentscheidung

### KURZ NOTIERT

SEITE 03

- Fachtag für die Jugendämter zur Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
- Änderung des HBKG: Neuregelung bei der Ausrufung des Katastrophenfalles
- Fachtagung Lebenswelt geflüchteter Frauen
- Digitalisierung des Schulunterrichts

### AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG SEITE 04

- Gute Finanzlage für Schuldenabbau und Investitionen nutzen
- Jobcenter-Sanktionen vereinfachen

### PERSONALIEN / TERMINE

SEITE 04

## Forderungen der kommunalen Spitzenverbände an den 20. Hessischen Landtag und die Landesregierung für die Jahre 2019 bis 2024

- Landtag und Landesregierung, Gemeinden, Städte und Landkreise müssen Partnerschaft auf Augenhöhe leben.
- Das Land hat seine Verantwortung für gesunde Kommunalfinanzen dauerhaft wahrzunehmen.
- Das Land hat das Konnexitätsprinzip endlich konsequent zu berücksichtigen und auch Weisungsaufgaben umfänglich und auskömmlich zu finanzieren.
- Das Land muss der Ausweitung kommunaler Aufgaben durch den Bund ohne Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel entschlossen entgegenreten.
- Das Land muss sich bei der Kinderbetreuung finanziell stärker engagieren.
- Das Land hat ein flächendeckendes und bedarf-orientiertes Ganztagsangebot im Bereich der Grundschulen und der Sekundarstufe I zu etablieren.
- Das Land Hessen muss die Umsetzung der Inklusion an Hessischen Schulen aus originären Landesmitteln finanzieren.
- Das Land hat sich hälftig an der Finanzierung der „Digitalisierung an Schulen“ zu beteiligen.
- Das Land hat die Kommunen in den Bereichen Mobilität, Umwelt und Energie weitergehend zu unterstützen.
- Das Land muss Ordnung und Sicherheit wieder stärker in den eigenen Fokus stellen.
- Das Land hat sich gemeinsam mit den Kommunen der Herausforderung Fachkräftegewinnung zu stellen.
- Das Land muss Integration vorantreiben und Aufnahme- und Anerkennungsverfahren effektiver gestalten.
- Das Land hat die Kommunen beim Wohnungsbau nachhaltig zu unterstützen.
- Das Land muss für eine bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung sorgen.
- Land und Kommunen haben sich gemeinsam den Herausforderungen „Digitalisierung“ und „E-Government“ zu stellen.
- Das Land muss verlässliche Strukturen für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen schaffen.
- Das Land muss sicherstellen, dass die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen wieder rechtssicher und verlässlich erfolgt.

## Hessische Landrätinnen und Landräte zu Gast in Berlin



Auch in diesem Jahr fand im August das Landräte-Seminar des Hessischen Landkreistages in Berlin statt, um sich vor Ort über die aktuellen Entwicklungen der Bundespolitik zu informieren. Neben der Frage der Digitalisierung sowie der Digitalen Bildung, insbesondere als Chancen für den ländlichen Raum, stand die Finanzierung kommunaler Aufwendungen im Mittelpunkt der Tagung. Unter anderem mit den Staatssekretären Christine Lambrecht, Bundesministerium der Finanzen, und Guido Beermann, Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, sowie dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages, Herrn Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, standen wieder kompetente Gesprächspartner zur Verfügung.

## Personalentscheidung

Das Präsidium des Hessischen Landkreistages hat in seiner Sitzung am 6. September 2018 einstimmig Direktor Prof. Dr. Jan Hilligardt (SPD) für eine dritte Amtszeit als Geschäftsführer des kommunalen Spitzenverbandes der 21 Landkreise in Hessen gewählt. Prof. Dr. Jan Hilligardt wurde damit über das Ende seiner bisherigen Amtszeit am 31. März 2020 hinaus für weitere sechs Jahre bis zum 31. März 2026 in seinem Amt bestätigt.

Direktor Prof. Dr. habil. Jan Hilligardt hat beim Hessischen Landkreistag die Zuständigkeiten für die Themen "Verfassung, Europa, Asyl", "Soziales" und "Gesundheit". Er führt zusammen mit dem derzeit Geschäftsführenden Direktor Matthias Drexelius (CDU), der für die Themen "Finanzen", "Bildung, Kultur" sowie "Wirtschaft, Umwelt, Verkehr" verantwortlich ist, als Doppelspitze die Geschäftsstelle des Verbandes. Seit April 2008 ist Prof. Dr. habil. Jan Hilligardt (Jahrgang 1970) einer der beiden Geschäftsführer des Hessischen Landkreistages. Darüber hinaus ist er nebenberuflich als Honorarprofessor für Stadt- und Regionalentwicklung an der Technischen Universität Darmstadt aktiv. Er ist verheiratet, hat zwei Kinder und lebt mit seiner Familie in Dieburg (Landkreis Darmstadt-Dieburg).

## Fachtag für die Jugendämter zur Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Der HLT hat gemeinsam mit dem Hessischen Städtetag und in Kooperation mit dem Lahn-Dill-Kreis am 20. August 2018 in Wetzlar einen Fachtag zur Datenschutzgrundverordnung für die Jugendämter ausgerichtet. Als Referent konnte Herr Guy Walther, stellvertretender Datenschutzbeauftragter der Stadt Frankfurt, gewonnen werden.

Die am 25. Mai 2018 in Kraft getretene DSGVO soll zu einem einheitlichen Datenschutzrecht in der Europäischen Union (EU) führen. So ist auch für Behörden jede Verwendung von personenbezogenen Daten grundsätzlich verboten, es sei denn, eine Rechtsvorschrift sieht die Verarbeitung ausdrücklich vor oder der Betroffene erteilt seine Einwilligung zur Verarbeitung. Auch für die Jugendämter entsteht erheblicher Handlungsbedarf im Hinblick auf die Erhebung, Verwendung und Übermittlung von Sozialdaten und Anpassungen der fachlichen Standards und der Software werden erforderlich. Mehr als 80 Teilnehmende erhielten in der Veranstaltung einen Überblick sowie viele hilfreiche Tipps zur Umsetzung in die Praxis.

## Änderung des HBKG: Neuregelung bei der Ausrufung des Katastrophenfalles

Die Verbandsgremien mussten sich bereits seit Herbst 2017 intensiv mit einer Initiative der Landesregierung zur Änderung des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes beschäftigen. Hauptstreitpunkt war und ist die in § 34 HBKG vorgesehene Änderung bei der Feststellung des Katastrophenfalles.

Während diesen nach bisher geltendem Recht der Landrat als untere Katastrophenschutzbehörde ausruft, sieht das Innenministerium das vorherige Erzielen des Einvernehmens mit der obersten Katastrophenschutzbehörde vor. Diese Änderung wurde sowohl im ministeriellen als auch im Landtagsanhörungsverfahren strikt zurückgewiesen. Weder wird die Notwendigkeit gesehen, da die bisherige Regelung in der Praxis gut funktioniert und sich bewährt hat. Auch gibt es keine vergleichbare Regelung in anderen Bundesländern. Darüber hinaus wurde betont, dass die Regelung nicht praktikabel und zweckwidrig ist.

Aufgrund der massiven Kritik auch von den kommunalen Spitzenverbänden und dem Landesfeuerwehrverband Hessen haben die Regierungsfractionen im August einen Änderungsantrag vorgelegt, nach dem zumindest bei Gefahr im Verzug die untere Katastrophenschutzbehörde den Eintritt des Katastrophenfalles auch ohne Beteiligung des Ministeriums feststellen kann. Dies hat der Landtag in seiner August-Sitzung beschlossen.

## Fachtagung Lebenswelt geflüchteter Frauen



Die Tagung des Hessischen Landkreistages im Juni in Hofheim am Taunus hatte die Lebenswelten der weiblichen Flüchtlinge in den Mittelpunkt der Vorträge und der Diskussionen gestellt, da diese in der Regel in der öffentlichen und politischen Debatte wenig vorkommen. Immerhin seien 82 Prozent der geflüchteten Frauen, die zwischen 2012 und 2016 nach Deutschland gekommen waren, unter 35 Jahre alt, also in einem Alter, welches für den Arbeitsmarkt und die Bildungspolitik interessant sei, so ein Ergebnis der Tagung. Ihre Beteiligung an Sprach- und Integrationskursen sei allerdings deutlich geringer als das der männlichen Flüchtlinge. Der Focus in der Bildungslandschaft sei deshalb auf die Belange der Frauen auszurichten. Hätten sie nämlich den Einstieg in den Kurs erst einmal geschafft, schließen sie diesen in der Regel auch erfolgreich ab.

## Digitalisierung des Schulunterrichts

Medienkompetenz ist eine Schlüsselqualifikation, die schon in der Schule vermittelt werden muss. Dies erfordert zunächst kompetente Lehrkräfte, fachlich-inhaltliche Konzepte, spezielle Software und nachfolgend eine adäquate technische Ausstattung. Im Jahr 2016 hat die Kultusministerkonferenz ihre Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ verabschiedet. Sie formuliert, dass digitale Bildung eine gemeinsame Aufgabe von Ländern, Bund und Schulträgern ist. Der Bund stellt daher im Rahmen des sog. „Digitalpakt Schule“ eine auf 5 Jahre begrenzte Projektförderung zur Technikausstattung in Aussicht. Voraussetzung sind eine Änderung des Grundgesetzes (Art. 104c) sowie Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern.

Die hessischen Schulträger werden dann voraussichtlich ab 01.01.2019 ca. 360 Mio. Euro erhalten. Der HLT begrüßt die Projektförderung. Dennoch ist zur Finanzierung der Daueraufgabe, die auch den Erhalt der durch die Projektmittel aufzubauenden Strukturen umfasst, eine 50/50 Finanzierung der IT-Ausstattung der Schulen durch Land und Schulträger erforderlich. Hinsichtlich der Projektmittel regte der HLT bereits 2017 einen „Digitalpakt#Hessen“ an. Ziel war eine grundlegende gemeinsame inhaltliche Positionierung und Konzeptionierung mit dem Land. Hierzu fanden im Oktober 2017 und August 2018 erste Besprechungen mit dem Hessischen Kultusministerium statt.

## Gute Finanzlage für Schuldenabbau und Investitionen nutzen

Die gute wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik wirkt sich auch auf die Kommunalfinanzen aus. Das zeigt die gerade veröffentlichte aktuelle Prognose der kommunalen Spitzenverbände. Im Durchschnitt stehen die kommunalen Haushalte derzeit gut da. Allerdings ist diese positive Momentaufnahme verschiedenen Sonderfaktoren geschuldet, die alle nicht von Dauer sein werden. Die kommunale Ebene vermag zwar derzeit Überschüsse zu erwirtschaften, krisenfest und aus sich heraus tragfähig sind die Kommunalfinanzen allerdings noch lange nicht.

Die Präsidenten der drei kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene waren sich anlässlich der Präsentation der Daten einig: „Schuldenabbau und Investitionen müssen jetzt Vorrang haben. Denn – das zeigt jede Erfahrung – eine gute wirtschaftliche Entwicklung dauert nicht ewig an. Daran sollten Bund und Länder denken, trotz der positiven Entwicklung bei den öffentlichen Haushalten. Eine Diskussion über höhere Leistungen, etwa im Sozialbereich ist nur dann zu verantworten, wenn klar benannt und geregelt wird, wie diese in wirtschaftlich schlechteren Zeiten noch finanziert werden können.“

Im Ergebnis rechnet die Prognose der kommunalen Spitzenverbände für das laufende Jahr mit einem Überschuss von 7,6 Milliarden Euro. Gleichwohl sind die Unterschiede in der Finanzkraft von Kommune zu Kommune immer noch sehr groß.

## Jobcenter-Sanktionen vereinfachen

Der Deutsche Landkreistag hat sich in der Diskussion um Leistungskürzungen der Jobcenter bei Pflichtverletzungen für eine Angleichung der Regelungen für Ältere und Jüngere ausgesprochen. Präsident Landrat Reinhard Sager sagte: „Wir setzen uns dafür ein, dass die Regelungen für die Jobcenter einfacher werden. Hilfreich wäre, wenn die heutigen Sonderregelungen zur Sanktionierung von Pflichtverletzungen unter 25-Jähriger entfallen würden.“ Einen generellen Verzicht auf Sanktionen – auch bezogen auf die Gruppe der unter 25-Jährigen – halte der Deutsche Landkreistag hingegen nicht für richtig. „Da das SGB II auf

dem Grundsatz von ‚Fördern und Fordern‘ fußt und eine Mitwirkung des Betroffenen vorsieht, käme es ohne Sanktionsmöglichkeiten zu einer Art bedingungslosem Grundeinkommen. Dies halten wir für nicht angezeigt“, so Sager. Die Jobcenter bräuchten dieses Instrumentarium, um Langzeitarbeitslosen nötigenfalls auch mit gewissem Druck helfen zu können.

Im Auge behalten werden muss aber auch, dass wesentlicher als die Betrachtung der Sanktionen sei, an den dahinter liegenden Problemlagen zu arbeiten. „Die Leistungsberechtigten haben dabei dasselbe Ziel wie die Jobcenter: die Überwindung der Hilfebedürftigkeit und ein Bestreiten des eigenen Lebensunterhaltes unabhängig von öffentlicher Unterstützung. Zur Bewältigung ihrer Aufgaben brauchen die Jobcenter auskömmliche Finanzmittel sowie weiterentwickelte Instrumente zur Integration in Arbeit“, so der DLT-Präsident abschließend.

### PERSONALIEN

Neuer hauptamtlicher Kreisbeigeordneter des Main-Kinzig-Kreises ist seit dem 01. Juli 2018 Herr Winfried Ottmann (CDU).

Herr Matthias Walther (CDU) ist seit dem 17. September 2018 hauptamtlicher Kreisbeigeordneter des Wetteraukreises.

### TERMINE

- **Rechts- und Europaausschuss**  
Mittwoch, 26.09.2018, 14:00 Uhr, Wiesbaden
- **Finanzausschuss**  
Dienstag, 16.10.2018, 10:00 Uhr, Dietzenbach
- **Wirtschafts- und Planungsausschuss**  
Dienstag, 23.10.2018, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Konferenz der Kreistagsvorsitzenden**  
Mittwoch, 24.10.2018, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Sozialausschuss**  
Donnerstag, 01.11.2018, 10:00 Uhr, Bad Hersfeld
- **Gesundheitsausschuss**  
Mittwoch, 07.11.2018, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Präsidium**  
Donnerstag, 15.11.2018, 16:00 Uhr, Fulda
- **Mitgliederversammlung/Jahrestagung**  
Freitag, 16.11.2018, 09:00 Uhr, Fulda



Hessischer  
Landkreistag

#### IMPRESSUM

**VERANTWORTLICH**  
Direktor Matthias Drexelius  
(geschäftsführend)  
Direktor Prof. Dr. Jan Hilligardt

**HERAUSGEBER**  
Hessischer Landkreistag  
Frankfurter Straße 2  
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23  
E-Mail: ries-knauer@hlt.de  
Internet: www.hlt.de

#### KOORDINATION

Tim Ruder (Pressesprecher)  
Melanie Ries-Knauer  
(Öffentlichkeitsarbeit  
und Organisation)

#### ERSCHEINUNGSWEISE / AUFLAGE

zwei- bis dreimonatlich  
2.500 Exemplare  
(gedruckte Version)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.

#### GESTALTUNG

Muhr – Partner für Kommunikation  
www.muhr-partner.com  
Seerobenstraße 27  
65195 Wiesbaden

#### BILDNACHWEIS

Hessischer Landkreistag (S.1, S.2, S.3)